

Linke Politik für ein Zeitalter des Übergangs

von Immanuel Wallerstein

Im Jahr 1999 habe ich vor dem *Caucus for a New Political Science* eine Rede über »linke Politik heute« gehalten.¹⁾ In ihr fasste ich die gegenwärtige Situation der Welt-Linken wie folgt zusammen: 1. Nach 500 Jahren seines Bestehens ist das kapitalistische Weltsystem erstmals in einer echten systemischen Krise und wir befinden uns in einer Zeit des Übergangs. 2. Die Folgen sind zwar ungewiss, aber ebenfalls zum ersten Mal seit 500 Jahren gibt es eine wirkliche Perspektive fundamentalen Wandels, der fortschrittlich sein kann, aber nicht notwendig sein muss. 3. Das grundsätzliche Problem für die Welt-Linke an dieser Schwelle besteht darin, dass die im 19. Jahrhundert entwickelte Strategie für die Umgestaltung der Welt in Trümmern liegt und dass die Linke deshalb unsicher, schwach und allgemein aus einem Zustand der Niedergeschlagenheit heraus handelt.

Von diesen drei Prämissen²⁾ möchte ich ausgehen und fragen, welche Schlussfolgerungen sich daraus für eine linke Strategie in den nächsten zehn oder zwanzig Jahren ergeben.

Zunächst einmal sind wir keineswegs im Weltmaßstab besiegt worden. Der Zusammenbruch der Sowjetunion war kein Desaster für die Welt-Linke. Ich bin nicht sicher, ob ich ihn überhaupt als Rückschlag bezeichnen würde. Er hat uns kollektiv vom Alp nicht länger sinnvoller leninistischer Strategie und Rhetorik befreit. Auf der anderen Seite erschwerte er das Geschäft der liberalen Mitte, die aus der Existenz der leninistischen Bewegung politische Legitimationsressourcen geschöpft hatte. Der Leninismus wiederum zügelte lange Zeit den Radikalismus der sozialen Bewegungen mit dem Versprechen einer glänzenden Zukunft.³⁾ Auch glaube ich nicht, dass die globale Offensive des Neoliberalismus und der so genannten Globalisierung unsere Aussichten verschlechtert hat. Zum einen ist vieles davon ein Hype, der die nächste Deflation nicht überleben wird. Zum anderen wird es sein Gegengift hervorbringen und hat das auch bereits getan. Und drittens schließlich ist der Weltkapitalismus in einer strukturell schlechten Verfassung und weit von der Blüte einer *New Economy* entfernt.

Ohne sie noch einmal eigens herzuleiten, möchte ich meine Position hier kurz zusammenfassen.⁴⁾ Zusätzlich zu den durch den Kollaps des Leninismus und das Ende des Kalten Krieges verursachten Schwierigkeiten bewegt sich das Kapital auf drei strukturelle Asymptoten zu, die seine Fähigkeit zur Kapitalakkumulation unwiderruflich einengen: 1. Die Deruralisierung⁵⁾ der Welt vernichtet seine Fähigkeit, den steigenden Anteil der Arbeitskosten am Weltprodukt zu begrenzen. 2. Die ökologischen Grenzen der Vergiftung und die Nicht-Erneuerbarkeit von Ressourcen beschränken die Fähigkeit des Kapitals, die Produktionskosten durch fortdauernde Externalisierung dieser Kosten zu reduzieren. 3. Die zunehmende Demokratisierung der Welt, die sich am wachsenden öffentlichen Druck für lebenslange Einkommensgarantien und höhere Gesundheits- und Bildungsausgaben ablesen lässt, hat zu einem steigenden Anteil der Steuern am Weltprodukt geführt.

Natürlich versucht das Kapital permanent, diese strukturellen Belastungen zu reduzieren. Darum ging es in der neoliberalen Offensive der letzten zwanzig Jahre. Aber die langfristige Kurve weist von Punkt zu Punkt verstärkend nach oben. Das Kapital schafft es zwar immer wieder, den Druck zu reduzieren, aber jeweils in geringerem Maße als es der nächste Anstieg erfordern würde. Zur Schwächung des politischen Gegenwillens predigt man TINA (*There Is No Alternative*). Auch das ist nichts Neues. Als Gareth Stedman Jones die relative politische Stabilität im Großbritannien des späten 19. Jahrhunderts erklären wollte, führte er sie auf die »scheinbare Unvermeidlichkeit des Kapitalismus« und seine »scheinbare Unverletzlichkeit« zurück.⁶⁾ Der Erste Weltkrieg machte derartigen Einschätzungen für lange Zeit ein Ende. Nun werden sie wieder belebt - oder zumindest versucht die Rechte, sie neu zu beleben.

Wenn wir nach einer linken Strategie für das 21. Jahrhundert Ausschau halten wollen, müssen wir uns zunächst daran erinnern, was bisher die Strategie der Linken gewesen ist. Die in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts entwickelte und im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts (symbolisiert durch 1848 und 1968) mehr oder weniger verworfene Strategie war klar. Es handelt sich um die so genannte Zwei-Stufen-Strategie: zuerst die Staatsmacht erobern und dann die Welt verändern. Bezüglich dieser Strategie sollten drei Dinge in Erinnerung behalten werden: 1. Es war historisch wahrscheinlich die einzig mögliche Politik, da Bewegungen mit anderen Strategien durch den Einsatz von Staatsmacht zerschlagen werden konnten. 2. Sie wurde von allen größeren Bewegungen übernommen: von beiden Zweigen der sozialistischen Weltbewegung - den Sozialdemokraten und den Kommunisten - ebenso wie von den nationalen

Befreiungsbewegungen. 3. Die Strategie scheiterte an ihrem Erfolg. Die genannten Bewegungen kamen fast überall auf der Welt zwischen 1945 und 1970 an die Macht und keine von ihnen war in der Lage, die Welt zu verändern, was zu einer gründlichen Desillusionierung über diese Strategie ebenso führte wie zu jenem ernststen Antietatismus, der ihr sozialpsychologisches Ergebnis war.⁷⁾

In der Periode seit 1968 probierten verschiedene Bewegungen, alte und neue, eine Vielzahl alternativer Strategien aus. Überdies hat sich das Verhältnis der antisystemischen Bewegungen untereinander in dem Sinne verbessert, dass die gegenseitigen mörderischen Denunziationen und verbissenen Kämpfe von einst spürbar abgenommen haben. Diese positive Entwicklung haben wir bisher unterschätzt.

Ich möchte nun einige Linien aufzeigen, an denen entlang die Idee einer alternativen Strategie weiter entwickelt werden kann.

1. Den Geist von Porto Alegre erweitern. Worin besteht dieser Geist? Ich würde ihn folgendermaßen definieren. Er speist sich aus einer nicht-hierarchisch gestalteten Weltfamilie antisystemischer Bewegungen, die a) auf intellektuelle Wahrhaftigkeit; b) auf kämpferische Aktionen der Massenmobilisierung für unmittelbare soziale Interessen und c) auf Vorschläge für längerfristige, fundamentale Veränderungen abzielen.

Drei entscheidende Elemente tragen zum Geist von Porto Alegre bei. Es handelt sich um eine lose Struktur, vergleichbar derjenigen, die Jesse Jackson als »Regenbogenkoalition« bezeichnet hat. Es ist eine Struktur, die im Weltmaßstab Bewegungen aus dem Norden und dem Süden auf mehr als einer symbolischen Ebene zusammengebracht hat. Sie ist sowohl intellektuell (kein Kompromiss mit dem Geist von Davos) als auch politisch militant (so wie es auch die Bewegungen von 1968 waren). Natürlich muss abgewartet werden, ob eine lose strukturierte Weltbewegung auf irgendeine bedeutsame Art und Weise zusammenhalten und auf welche Art und Weise sie Taktiken des Kampfes entwickeln kann. Aber eben diese Lockerheit der Allianz macht es schwierig, sie zu unterdrücken und ermutigt auch die zögerliche Neutralität zentristischer Kräfte.

2. Defensive Wahltaktiken benutzen. Wenn die Welt-Linken sich in lose strukturierten, außerparlamentarischen Kämpfen engagiert, stellt sich sofort die Frage nach unserer Haltung zum Parlamentarismus. Scylla und Charybdis denken in Gegensätzen: die eine hält den Parlamentarismus für zentral, die andere für bedeutungslos. Wahlsiege werden die Welt nicht verändern, dürfen aber auch nicht vernachlässigt werden. Sie sind ein wesentlicher Mechanismus, um die unmittelbaren Interessen der Weltbevölkerung gegen Angriffe auf erkämpfte Errungenschaften zu verteidigen. Für sie muss gekämpft werden, um den Schaden zu minimieren, den die regierende Welt-Rechte anrichten kann.

Das aber macht die parlamentarische Taktik zu einer rein pragmatischen Angelegenheit. Sobald wir nicht mehr glauben, mit der Ausübung von Staatsmacht einen Weg zur Veränderung der Welt zu beschreiten, sind Wahlauseinandersetzungen eine Sache des kleineren Übels. Und was wiederum das kleinere Übel ist, muss von Fall zu Fall und von Situation zu Situation neu bestimmt werden. Diese Entscheidungen hängen zum Teil von der Beschaffenheit des parlamentarischen Systems ab. Mit einem Mehrheitswahlrecht muss anders umgegangen werden als mit einem Verhältniswahlrecht oder im Falle einer Stichwahl. Aber die allgemeine Leitlinie muss, nach dem gegenwärtigen französischen Slogan, die »plurale Linke« sein, die in Lateinamerika *frente amplio* genannt wird. Innerhalb der Welt-Linken gibt es viele verschiedene Partei- und Fraktionstraditionen. Zwar sind die meisten von ihnen Überbleibsel aus einer anderen Zeit, aber viele Leute richten ihre Wahlentscheidungen nach wie vor nach ihnen aus. Insofern Wahlen eine pragmatische Angelegenheit sind, ist es entscheidend, Bündnisse zustande zu bringen, die diese Traditionen respektieren und jene 51% anstreben, die numerisch ausschlaggebend sind. Aber bitte keine Freudentänze auf den Straßen, wenn wir gewonnen haben! Ein Sieg ist lediglich eine defensive Taktik.

3. Demokratisierung unaufhörlich vorantreiben. Die populärste Forderung an den Staat ist die nach »mehr« - mehr Bildung, mehr Gesundheit, mehr lebenslang garantierter Einkommen. Sie ist aber nicht nur populär, sie ist auch unmittelbar nützlich im Leben der Leute. Und sie engt die Möglichkeiten zur endlosen Kapitalakkumulation ein. Diese Forderungen sollten laut, kontinuierlich und an jedem denkbaren Ort unterstützt werden. Es gibt davon einfach kein »zuviel«. Selbstverständlich wirft die Ausweitung dieser »wohlfahrtsstaatlichen« Funktionen immer Fragen nach Ausgabeneffizienz, Korruption und der Herausbildung mächtiger und unkontrollierter Bürokratien auf. Wir sollten Antworten auf diese Probleme

parat haben, aber diese sollten niemals das grundsätzliche Verlangen nach »mehr«, sehr viel mehr, abschwächen.

Massenbewegungen sollten auch die von ihnen gewählten Regierungen links von der Mitte nicht von diesen Forderungen aussparen. Nur weil eine solche Regierung sympathischer ist als eine offen rechte, sollten wir nicht unseren Schwung mäßigen. Der Druck auf freundliche Regierungen treibt auch rechte Oppositionskräfte in die linke Mitte. Kein Druck aber macht aus Mitte-Links-Regierungen Mitte-Rechts-Regierungen. Auch wenn es gelegentlich Sonderbedingungen geben mag, auf die diese Binsenweisheiten nicht zutreffen, heißt die allgemeine Regel der Demokratisierung mehr, viel mehr.

4. Die liberale Mitte dazu bringen, ihr theoretisches Programm zu erfüllen. Gemeinhin wird das auch als Beschleunigung des Liberalismus verstanden. Die liberale Mitte meint selten, was sie sagt, und praktiziert nicht, was sie predigt. Nehmen wir einige geläufige Themen, z.B. das der Freiheit. Die liberale Mitte klagte regelmäßig die UdSSR für die Verweigerung der Reisefreiheit an. Das Pendant dazu ist die freie Einwanderung. Das Recht auf Ausreise hat keinen Wert, solange man woanders nicht einreisen kann. Wir sollten für offene Grenzen eintreten.

Die liberale Mitte plädiert ebenso häufig für freieren Handel, freieres Privateigentum und die Zurückdrängung von staatlicher Intervention in unternehmerische Entscheidungen. Im Gegenzug sollten dann auch Unternehmen, die am Markt scheitern, nicht mehr unterstützt werden. Sie streichen die Profite ein, wenn sie erfolgreich sind und sollten folglich auch die Verluste tragen, wenn sie scheitern. Oft wird in diesem Zusammenhang behauptet, Unternehmen zu retten hieße auch Arbeitsplätze zu retten. Dabei gibt es weitaus preiswertere Wege, Arbeitsplätze zu retten - Arbeitslosenversicherung, Umschulungen und Beschäftigungsmaßnahmen. Bei keiner dieser Maßnahmen müssen die Schulden des gescheiterten Unternehmers übernommen werden.

Die liberale Mitte besteht zumeist darauf, dass Monopole von Übel sind. Im Gegenzug müssten folglich auch Patente abgeschafft oder enorm eingeschränkt werden. Die Regierung sollte ihre Aufgabe auch nicht darin sehen, einheimische Industrien gegen ausländische Konkurrenz zu schützen. Wird davon die Arbeiterklasse in den Zentren beeinträchtigt? Nicht, wenn Geld und Energie darauf verwendet wird, eine größere Konvergenz der weltweiten Lohnraten zu erzielen.

Die Details dieses Vorschlags sind komplex und müssen diskutiert werden. Der Punkt ist, die liberale Mitte nicht mit ihrer Rhetorik davonkommen zu lassen, die sie die Erfolge ihrer Vorschläge verbuchen lässt, ohne für deren Kosten gerade zu stehen. Überdies kann die liberale Mitte am besten durch einen Appell an ihre Ideale, nicht an ihre Interessen neutralisiert werden. Die Versprechen einzufordern ist ein Appell an die Ideale, nicht an die Interessen der Mitte.

Schließlich sollten wir immer in Erinnerung behalten, dass die ärmsten Schichten bestenfalls begrenzt von den Früchten der Demokratisierung profitieren, weil sie die meisten Schwierigkeiten haben, die bürokratischen Hürden zu überwinden. In diesem Zusammenhang komme ich auf den dreißig Jahre alten Vorschlag von Richard A. Cloward und Francis Fox Piven zurück, die tatsächliche Zahl der Wohlfahrtsempfänger mit der sehr viel größeren Zahl der theoretisch Anspruchsberechtigten endlich in Einklang zubringen, um den ärmsten communities zu ihren gesetzlich verbrieften Rechten zu verhelfen.⁸⁾

5. Antirassismus zum Maßstab von Demokratie machen. Demokratie meint die Gleichbehandlung aller Menschen - im Hinblick auf die Macht, die Verteilung und die Chancen zur Selbstverwirklichung. Rassismus ist die primäre Art und Weise, zwischen denen zu unterscheiden, die (mehr) Rechte haben und denjenigen, die keine oder weniger Rechte haben. Rassismus definiert Gruppen und liefert gleichzeitig eine scheinbare Rechtfertigung für diese Praxis. Rassismus ist weder im nationalen noch im weltweiten Maßstab ein Nebenwiderspruch. Es handelt sich um einen Modus, der das universalistische Versprechen der liberalen Mitte systematisch, offen und kontinuierlich unterminiert.

Rassismus durchdringt das ganze gegenwärtig existierende Weltsystem. In jedem Winkel des Globus spielt Rassismus eine zentrale Rolle in der lokalen, nationalen und Weltpolitik. In ihrer Rede vor der mexikanischen Nationalversammlung am 29. März 2001 sagte Kommandantin Esther von der Zapatistischen Befreiungsarmee (EZLN): »Die Weißen (*landinos*) und die Reichen machen sich über die indigenen Frauen lustig wegen unserer Kleidung, unserer Sprache, unserer Art zu beten und zu heilen und unserer Hautfarbe, die die Farbe der Erde ist, auf der wir arbeiten.« Sie setzte sich für ein Gesetz ein, das

den indigenen Völkern Autonomie gewährt: »Wenn die Rechte und die Kultur der indigenen Völker anerkannt werden, ... wird die Stunde der indigenen Völker kommen. ... Und so wie wir heute indigene Frauen sind, werden wir morgen die anderen sein: Männer und Frauen, tot, verfolgt oder inhaftiert wegen ihrer Andersartigkeit.«⁹⁾

6. Die Dekommodifizierung voranbringen. Der entscheidende Fehler des kapitalistischen Systems besteht nicht im Privateigentum, das lediglich ein Mittel ist, sondern in der Kommodifizierung, die das zentrale Element der Kapitalakkumulation ausmacht. Trotz aller Anstrengungen ist das kapitalistische Weltsystem bis heute nicht vollständig kommodifiziert. Wir könnten aber durchaus einen anderen Weg einschlagen. Statt Universitäten und Krankenhäuser (ob nun staatlich oder privat) in profitmaximierende Institutionen zu verwandeln, sollten wir darüber nachdenken, wie wir Stahlwerke in Non-Profit-Unternehmen verwandeln können, die an niemanden Dividenden zahlen. So sieht das Antlitz einer hoffnungsvolleren Zukunft aus, die in der Tat schon jetzt beginnen könnte.

7. Vergessen wir nicht, dass wir uns in einer Zeit des Übergangs von unserem real existierenden Weltsystem zu irgendeinem anderen befinden. Das bedeutet verschiedenes. Wir sollten uns von der Rhetorik der Globalisierung und den TINA-Schlussfolgerungen nicht beirren lassen. Es sind nicht nur Alternativen vorhanden - die einzige Alternative, die nicht in Frage kommt, ist die, dass alles bleibt wie es ist.

Es wird immense Auseinandersetzungen über das Nachfolgesystem geben, die die nächsten zwanzig, dreißig, vierzig, fünfzig Jahre andauern dürften und deren Ausgang ungewiss ist. Die Geschichte ist nicht zwangsläufig auf unserer Seite. Alles hängt davon ab, was wir tun. Andererseits eröffnet sich so eine gute Gelegenheit für kreatives Handeln. Während des normalen Lebenszyklus eines historischen Systems haben selbst große Transformationen (so genannte Revolutionen) nur begrenzte Effekte, da das System großen Druck ausübt, um zu seinem Gleichgewichtszustand zurückzukehren. Aber im chaotischen Umfeld struktureller Übergänge werden Fluktuationen wild und selbst kleine Stöße können große Konsequenzen an der einen oder anderen Weggabelung haben. Wenn jemals Akteure wichtig werden, dann ist das der Moment.

Das Schlüsselproblem ist nicht Organisation, so wichtig sie auch sein mag. Das Schlüsselproblem ist Klarheit. Den Kräften, die das System so verändern wollen, dass sich nichts verändert, auf dass sich ein anderes, gleichermaßen oder sogar noch gesteigert hierarchisches und polarisierendes System herausbildet, stehen Geld, Energie und Intelligenz zur Verfügung. Sie werden die Pseudo-Veränderungen in eine attraktive Verpackung zu mogeln wissen. Und nur sorgfältige Analyse wird uns davor bewahren, in eine ihrer vielen Fallen zu tappen.

Sie werden Slogans benutzen, an denen wir nichts auszusetzen haben - Menschenrechte beispielsweise. Aber sie werden ihnen einen Inhalt geben, die einige höchst wünschenswerte Elemente mit einer Unzahl von anderen verbinden, die die »zivilisatorische Mission« der Mächtigen und Privilegierten über die nicht-zivilisierten Anderen fortsetzen. Wir müssen ihre Vorschläge in aller Ruhe auseinandernehmen und deren Täuschungen offenlegen. Wenn ein internationales Gerichtsverfahren gegen Völkermord wünschenswert ist, dann ist es nur wünschenswert, wenn das Gesetz für alle und eben nicht nur für die Schwachen gilt. Wenn Nuklearwaffen und biologische Kriegführung gefährlich und sogar barbarisch sind, gibt es folglich auch keine vertrauenswürdigen Besitzer dieser Waffen. Die einzige plausible Strategie für die Welt-Linke in der inhärenten Ungewissheit der Welt und ihrer enormen historischen Transformation ist das intelligente und kämpferische Eintreten für ihr grundsätzliches Ziel - eine relativ demokratische und relativ egalitäre Welt. Eine solche Welt ist möglich. Es ist keineswegs gewiss, dass wir sie erreichen werden. Aber es ist auch keinesfalls unmöglich.

Übergang in eine Ungewisse Zukunft

von Immanuel Wallerstein

Ich hatte gehofft, dass mein Artikel eine Debatte auslösen würde - und sehe, dass ich sie bekommen habe. Ich möchte mit dem empirischen Schlüsselargument der Herausgeber beginnen: Sie sehen keine »langfristige Tendenz abnehmender Effizienz, also sinkender Produktivität« im Kapitalismus. Das tue ich auch nicht. Ich behaupte, dass der Mehrwert langfristig aufgrund steigender Produktionskosten sinkt. Die steigenden Kosten können eben aufgrund jenes Umstands nicht durch steigende Preise ausgeglichen werden, von dem die Herausgeber sprachen: die These von der wachsenden Polarisierung, der ich voll zustimme.

Die Herausgeber sagen, dass Marx nicht tot sei. Zugegeben. Aber ich habe immer gedacht, einer der Kernpunkte marxistischer Analyse sei, dass Systeme nicht zusammenbrechen, weil wir sie nicht mögen, sondern weil sie die Grenzen ihrer inneren Widersprüche erreichen. Genau das aber wollte ich zeigen: worin einige der zentralen Widersprüche des kapitalistischen Systems bestehen und warum die kapitalistische Weltwirtschaft an die strukturellen Grenzen von Regulierungen gestoßen ist, die notwendig wären, um das System im relativen Gleichgewicht zu halten.

Die Herausgeber sagen, dass »die Deruralisierung der Welt den Umfang der industriellen Reservearmee weiter vergrößert habe«. Ich denke, dass das nicht richtig ist. In den letzten fünfzig Jahren hat es in fast jedem Land der Welt und am spektakulärsten in der Peripherie eine massive Migration in städtische Gebiete gegeben. Warum? Die Leute sind nicht durch irgendwelche Einhegungen vom Lande vertrieben worden. Sie sind in die Städte gezogen, weil sie dort besser leben können, wie schrecklich die Bedingungen dort auch immer sein mögen. Tatsache ist, dass die Menschen in den *barrios* und *favellas* nicht beschäftigungslos sind. Ich halte mich dabei an die Arbeitslosen-Definition des Bureau of Labor Statistics. Sie arbeiten im informellen Sektor (ein nicht unbedingt neues, aber von den Forschern neu entdecktes Phänomen).

Diese Angehörigen der »Reservearmee« leben davon, dass sie von Arbeitgebern aus dem formellen Sektor - die sie aus was für Gründen auch immer anheuern - Gehälter verlangen, die die vor fünfzig oder hundert Jahren gezahlten Reallöhne übersteigen. Das meine ich mit steigenden Lohnkosten. Aber das ist noch nicht alles. Die andere Hälfte der Lohnkosten geht auf die Aufwendungen für Spezialisten und Aufseher zurück. Einst war ihre Zahl gering und ihr Auskommen relativ bescheiden. Heutzutage machen sie einen steigenden Anteil der Gesamtarbeitskraft aus und sind schamlos überbezahlt (von den CEO's ganz zu Schweigen). Im Ergebnis leben Yuppies und CEO's in der Tat sehr gut, aber die Unternehmen selbst sind weniger profitabel.

Ich sage auch nicht, dass sich die Kämpfe der Gegenwart im Weltmaßstab abspielen, während sie früher auf die Kontrolle einzelner Staaten gerichtet waren. In den vergangenen vierhundert Jahren hat der Kampf immer im Weltsystem als Ganzem stattgefunden. Aber die Strategie der auf Systemveränderung zielenden Bewegungen bestand darin, die Kontrolle über staatliche Strukturen zu bekommen, um sie danach zur Umgestaltung des Weltsystems einzusetzen. Lenin hat diese Strategie am klarsten und effektivsten artikuliert. Und wenn der Analytiker Marx nicht tot ist, so denke ich doch, dass der Stratege Lenin heute definitiv nicht mehr ernst genommen wird. Man nenne mir eine einzige soziale Bewegung von einiger Bedeutung, die heute noch eine leninistische Strategie verfolgt.

Wenn ich davon spreche, dass 1968 eine Weltrevolution stattgefunden hat, so meine ich damit die Desillusionierung der Weltbevölkerung hinsichtlich der traditionellen Strategie (nicht den Zielen) der Alten Linken. Es stellte sich heraus, dass sich die leninistische Strategie von der der deutschen Sozialdemokratie um Bernstein und Kautsky weniger stark unterschied, als Lenin behauptet (und gehofft) hatte. Auch sie beruhte auf der Erlangung und Aufrechterhaltung von Kontrolle über staatliche Strukturen. Dafür war es vor allem (aber nicht nur) erforderlich, jede Frau und jeden Mann dazu zu bringen, die Gegenwart geduldig zu ertragen in der Erwartung einer verheißungsvollen Zukunft. Das war ein prinzipiell entpolitisierender Diskurs. Und er funktionierte auch nur, solange die Bevölkerung glaubte, dass staatlicher Reformismus (ja, die kommunistischen Staaten betrieben staatlichen Reformismus) möglich sei, dass also diese Regime die Welt verändern würden. Ich glaube aber nicht, dass sie die Welt verändert haben und die Herausgeber von *Monthly Review* glauben das auch nicht (schließlich sind sie im Hinblick auf die Gegenwart noch pessimistischer als ich). Am wichtigsten aber ist, dass die Massen der Welt (erinnert ihr euch an diesen Ausdruck?) es nicht mehr glauben. Ich begreife die nächsten fünfzig Jahre als einen

offenen Kampf zwischen zwei Gruppen: derjenigen, die eine demokratischere und egalitärere Welt will, und derjenigen, die das nicht will. Keinen Konsens zwischen diesen Gruppen. Wohl aber einen Versuch, ein Bündnis jener zu schmieden, die zum ersten Lager zählen, zumal ich nun einmal nicht glaube, dass sie sich in das leninistische Konzept einer einzigen disziplinierten Bewegung hineinzwängen lassen.

Ich hege keine Illusionen über die liberale Mitte. Im Gegenteil. Ich sagte, wir sollten uns bemühen, die liberale Mitte dazu zu bringen, »ihr theoretisches Programm zu erfüllen«, was etwas ganz anderes ist. Tatsächlich redet die liberale Mitte von der einen Richtung und schlägt die andere ein. Dieser Punkt sollte ständig betont werden. Und diejenigen Liberalen, die auf diese Weise dazu gebracht werden können, ehrlich mit der Welt und sich selbst zu sein, mögen ihren theoretischen Präferenzen nachgehen - andere werden das natürlich nicht tun. Ich rede auch nicht über Antitrust-Maßnahmen, in die ich überhaupt kein Vertrauen habe. Aber das Monopol ist keine spezielle Erscheinungsform des Kapitalismus oder des »Spätkapitalismus«. Es ist Herz und Seele des kapitalistischen Systems. Nichts über den Imperialismus? Wie das Monopol und der Rassismus ist auch der Imperialismus konstitutives Merkmal des Kapitalismus und war das auch schon im langen 16. Jahrhundert. Es handelt sich also um kein Spezialproblem, das gesondert diskutiert werden müsste. Das war auch eine meiner Voraussetzungen.

Schließlich: Übergang wohin? Die Herausgeber behaupten, dass sich »die Welt in der großen Gefahr befindet, sich zum Schlimmeren und nicht zum Besseren zu verändern«. Ich stimme damit völlig überein. Die Wahrscheinlichkeit liegt bei 50 Prozent. Eben weil es, wie ich behaupte, eine strukturelle Krise des Systems gibt, stoßen wir an eine Weggabelung. Das System kann nicht weitermachen wie bisher und wird ersetzt werden. Aber es ist ganz ungewiss, in welche Richtung die Transformation erfolgen wird. Schließlich ist es unmöglich, aus der Berechnung aller möglichen Handlungsvariablen Voraussagen zu machen. Jede kleine Bewegung verändert das Ganze auf irreversible Weise. Die Schlussfolgerung lautet demnach, dass es tatsächlich auf uns selber ankommt. Aber nur, wenn wir uns von der Idee verabschieden, unsere Handlungen würden von der Gewissheit des Sieges gerechtfertigt und nicht geleitet vom Bewusstsein offener, lohnenswerter historischer Möglichkeiten. Und auch nicht, wenn wir warten und hoffen, dass Strategien, die einst spektakulär und überall auf der Welt fehlschlagen, wiederbelebt werden und dann beim zweiten Versuch funktionieren.

Anmerkungen: Linke Politik für ein Zeitalter des Übergangs

- 1) Vgl. den längeren Aufsatz: A Left Politics for the 21st Century? Or, Theory and Praxis Once Again, New Political Science XXII, June 2000, S. 143-159.
- 2) Vgl. zusätzlich zum Artikel in New Political Science: Utopistics, Or Historical Choices for the Twenty-First Century, New York, New Press 1998.
- 3) Das erläutere ich im Detail in: After Liberalism, New York, New Press 1995.
- 4) Unter einer Deruralisierung versteht Wallerstein nicht nur eine Urbanisierung, sondern auch eine Veränderung des urbanen Lebens. Anmerkung der Redaktion.
- 5) Vgl. hierfür »Globalization or Age of Transition? A Long-Term View of the Trajectory of the World-System«, International Sociology XV, June 2000, S.249-265
- 6) »Languages of Class« (Cambridge, Cambridge University Press)
- 7) Das wird detaillierter analysiert bei Giovanni Arrighi, Terence K. Hopkins und Immanuel Wallerstein, Antisystemic Movements, London, Verso, 1989, sowie in dem Essay derselben Autoren, 1989 - eine Fortsetzung von 1968, in: Review, XV, Spring 1992, S.221-242
- 8) Francis Fox Piven und Richard A. Cloward schließen ihr Buch über öffentliche Wohlfahrt folgendermaßen: »Solange es keine fundamentalen Wirtschaftsreformen gibt, treten wir dafür ein, dass die Vervielfachung der realen Zahl der Wohlfahrtsempfänger ein wirklicher Fortschritt ist, der verteidigt und ausgebaut werden sollte. Noch heute gibt es Hunderte und Tausende verarmter Familien, die Anspruch auf Leistungen haben, aber keinerlei Hilfe bekommen.« In: Regulating the Poor: The Functions of Public Welfare, New York, Pantheon, 1971, S. 348
- 9) <http://www.ezln.org/marcha/20010320.htm>

Quelle: *Der Geist von Porto Alegre und die Strategie der Linken*, in: *Supplement der Zeitschrift Sozialismus* 3/2002. Mit Beiträgen von M. Löwy, F. Betto, I. Wallerstein, *Monthly Review*, J. Bischoff, R. Detje, A. Wahl, ISSN 0721-1171, VSA-Verlag Hamburg